

100-Tage-Programm der Regierung Linssen: Die Zukunft unseres Landes sichern

A. Unser Ziel: Die Zukunft unseres Landes sichern! Die Regierung Linssen wird Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze aller Regionen Europas führen. Dazu wird sie in den ersten 100 Tagen

- zunächst diejenigen **Probleme anpacken**, die die Bürger am stärksten bedrängen;
- zu einer generationsübergreifenden, den Wandel gestaltenden, zukunftsgerichteten Landespolitik übergehen. Dazu gehört als erstes ein **Kassensturz!**
- alles staatliche Handeln unter einen Finanzierungsvorbehalt stellen und Maßnahmen ergreifen, die die **finanziellen Handlungsspielräume** des Landes unmittelbar **erweitern**;
- die Grundlagen für den Wiederaufstieg Nordrhein-Westfalens schaffen. Gerade am Anfang wird sich eine CDU-geführte Landesregierung auf das **Wesentliche konzentrieren**.

B. Zur Umsetzung des von der CDU beschlossenen Schwerpunktprogrammes wird die Regierung Linssen in den ersten 100 Tagen im einzelnen folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Neue finanzielle Handlungsspielräume eröffnen: Die Regierung Linssen wird

- einen **Kassensturz** vornehmen. Versteckte Reserven wird sie ebenso aufdecken wie bislang verborgene Haushaltsrisiken;

- den Einstieg in den **Verkauf von Landesbeteiligungen** vornehmen, um die Wende von der bloßen Verwaltung von Vermögen hin zu Investitionen in die Zukunft einzuleiten;
- ein umfassendes **Gesetzgebungscontrolling** einführen und so für Kostentransparenz sorgen und genaue Rechenschaft über die Kosten von Gesetzesinitiativen ablegen;
- die Blockadepolitik der **SPD im Bundesrat** beenden.

2. Den Staat revitalisieren: Die Regierung Linssen wird

- die **Anzahl der Ministerien** von 12 auf 8 **verringern**;
- eine **Verkleinerung des Landtags** anstreben;
- die **Reorganisation von Staat und Verwaltung** zur **Chefsache** machen und den „Arbeitsstab Aufgabenkritik“ der Staatskanzlei unterstellen. Sie wird die Umsetzung der bereits vorliegenden Einsparvorschläge von ca. 8 000 Stellen beschleunigen;
- Initiativen zur Änderung des Landesorganisationsgesetzes, der Landschaftsverbandsordnung und des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet ergreifen;
- die Pläne der Bundesregierung für eine Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechtes und für zusätzliche Leistungsanreize als Einstieg in eine umfassende **Reform des öffentlichen Dienstrechtes** auch durch Initiativen im Bundesrat unterstützen.



3. Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaft ankurbeln! Die Regierung Linssen wird

- zur **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** ein Qualifizierungsprogramm vorlegen, das auf die Fähigkeiten benachteiligter Jugendlicher, die es schwer haben, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden, besonders eingeht;
- ein Sonderprogramm zur **Integration Langzeitarbeitsloser** vorlegen;
- durch umfassende **Entbürokratisierung** der nordrhein-westfälischen Wirtschaft neue Impulse geben. Per Erlass werden alle Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch verkürzt. Es wird eine Bestandsaufnahme über alle Erlasse, Verordnungen, Förderrichtlinien und Gesetze im Bereich der Wirtschaft erstellt. Überflüssige Vorschriften werden abgeschafft;
- den **Technologiestandort Nordrhein-Westfalen** stärken. Zukunftsweisende Technologien wie Bio- und Kommunikationstechnologien oder Verkehrstechnologien wie Telematik oder Transrapid sind in NRW von der SPD jahrelang verhindert worden;
- die SPD-Blockadepolitik bei den **Energiekonsensgesprächen** beenden. Preiswerte und umweltschonend produzierte Energie ist ein erstrangiger Standortfaktor für Neuinvestitionen und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die SPD darf nicht aus dem Energiekonsens aussteigen, da der Energiemix aus Kohle, Kernkraft und regenerativen Energien zugleich Klimavorsorge und Energiesicherheit gewährleistet.

4. Den Bürgern Sicherheit geben, die Autorität des Staates stärken! Die Regierung Linssen

wird die Kompetenzen der Sicherheitsorgane stärken und deren Effizienz steigern. Sie wird insbesondere

- einen **Fünf-Jahres-Plan „Umorganisation und Neueinstellung“** zur personellen Verstärkung der Polizei in NRW mit zusätzlichen 7 500 Stellen vorlegen;
- die **Polizeipräsenz auf den Straßen stärken**. Hierzu wird sie das Kienbaum-Gutachten zur Aufgabenkritik der Polizei mit Hochdruck auswerten und alle sinnvollen Rationalisierungsvorschläge unverzüglich umsetzen;
- einen Gesetzentwurf zur Schaffung einer **Freiwilligen Sicherheitswacht** vorlegen und sofort ein Modellprojekt in Espelkamp umsetzen;
- die Bekämpfung der **Drogen-** und sog. „**Kleinkriminalität**“ durch sofortige Aufhebung des Drogenfreigabeerlasses und des „Eierdieberlasses“ sicherstellen;
- die nachgeordneten Polizeibehörden zu einem **härteren Durchgreifen bei gewalttätigen Ausschreitungen** anhalten;
- einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des Begriffes „**öffentliche Ordnung**“ einbringen, um die Voraussetzungen für eine Bekämpfung etwa der aggressiven Bettelei, von Anpöbeleien und anderen Erscheinungsformen latenter Gewalt in unserer Gesellschaft zu schaffen;
- die Asylgesetzgebung konsequent anwenden und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber und straffällig gewordene Ausländer **umgehend abschieben**;
- einen Gesetzentwurf einbringen, um den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz in die Vorfeld-Bekämpfung der **organisierten Kriminalität** einzuschalten.



5. Werteerziehung durchsetzen, Unterrichtsausfall bekämpfen! Die Regierung Linssen wird

- den Unterrichtsausfall an unseren Schulen durch ein mit Eltern und Lehrern abgestimmtes **Aktionsprogramm „Unterricht sichern“** bekämpfen. Alle Lehrerkapazitäten in der Verwaltung werden für den Unterricht freigesetzt, und ein Stufenprogramm zur Neueinstellung neuer Lehrer wird vorgelegt;
- unverzüglich damit beginnen, durch die Veränderung von Rahmenrichtlinien, Curricula und anderer Vorschriften eine **Erziehung** der Schüler zu den in Grundgesetz und Landesverfassung verankerten **Grundwerten** wieder verbindlich zu machen. Mit Erziehung und Gemeinsinn und sozialer Verantwortung wird sie der schrankenlosen Selbstverwirklichung entgegenwirken;
- eine **Reform der Oberstufe** einleiten, um zentrale Fächer wieder in den Vordergrund zu stellen und den Zusammenhalt der Schülerinnen und Schüler im Klassenverband zu stärken. Hierbei freierwerdende Lehrer werden zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls eingesetzt;
- Konzepte zur **Straffung des Schulunterrichts** vorlegen mit dem Ziel, die 13. Klasse in den Gymnasien überflüssig zu machen;
- die Kritik der Gesamtschullehrer ernst nehmen und eine **Untersuchung zur Leistungssituation** an den Gesamtschulen vornehmen.

6. Den Bürgern soziale Sicherheit geben, Solidarität stärken! Die Regierung Linssen wird

- den dringend erforderlichen Gesetzentwurf zur **Umsetzung der Pflegeversicherung** erarbeiten. Darüber hinaus wird sie ein Programm zum Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze vorlegen;

- die **Drogenprävention** gerade in den Schulen verstärken und beginnen, drogenkranken Menschen in verstärktem Maße **Therapieplätze** zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Politik der Verharmlosung und der Legalisierung des Drogenmißbrauchs wird beendet;
- Sonderbauprogramme zur **Förderung von Wohnungseigentum** gerade für junge Familien in einer Größenordnung von 30 000 bis 40 000 neuen Eigentumsmaßnahmen pro Jahr auflegen;
- mit dem **gleichen Geld wie bisher mehr Wohnungen bauen**, um den Fehlbestand von 400 000 Wohnungen mittelfristig abzubauen und um gerade jungen Familien mehr Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Dazu wird sie die Wohnungsbauförderungsrichtlinien des Landes radikal umstellen;
- eine **Offensive für mehr Kindergartenplätze** ergreifen, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz möglichst zügig umzusetzen. Dazu wird sie eine Initiative zur Mobilisierung aller verfügbaren Reserven an Personal und Räumlichkeiten ergreifen.

7. Mehr Demokratie wagen! Die Regierung Linssen wird

- eine Reform der Kommunalverfassung vorbereiten, um die konsequente **Urwahl** von Bürgermeistern und Landräten ausschließlich durch die Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen;
- einen Änderungsentwurf des Kommunalwahlgesetzes vorlegen, um das **Kumulieren und Panaschieren** einzuführen, das den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, Persönlichkeiten unabhängig von Parteivorgaben zu wählen;
- einen Gesetzentwurf einbringen, um bei Kommunalwahlen die **5-Prozent-Klausel** auf 3 Prozent zu reduzieren.



Herbert Reul: Unser Wahlkampf greift - SPD zur Kurskorrektur gezwungen

Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen ist in seiner entscheidenden Phase. Ein erstes Zwischenfazit lautet: Unser Wahlkampfkonzept hat gegriffen. Wir haben es geschafft, der SPD eine Themendiskussion aufzuzwingen, die sie nicht wollte. Uns ist es gelungen, daß über Themen diskutiert wird anstatt über Skatturiniere und bunte Bilder.

Wir haben ganz bewußt in den letzten Wochen mit unseren Werbemitteln und Aussagen eine Zuspitzung im Bereich Innere Sicherheit angestoßen. Damit haben wir offensichtlich den Nerv bei der SPD getroffen. Denn fast hysterisch wirft die SPD uns vor, eine Angstkampagne zu führen. Gleichzeitig halten uns Sozialdemokraten vor, wir seien Brandstifter und forderten die Ganoven heraus. Das ist Wahlkampf der übelsten Sorte.

Dies sollten wir auch offen so thematisieren. Tatsache ist, daß in unzähligen SPD-Veranstaltungen das Thema Innere Sicherheit und die Untätigkeit der Landesregierung ganz oben auf der Tagesordnung steht. Deshalb sind die Sozialdemokraten auch nervös. Der Brief, den Norbert Blüm an 1,7 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen geschickt hat, hat eine große Resonanz. Die Schreiben, die uns erreichen, sind in einem ganz überwiegenden Maße positiv und zustimmend. Auch hier zeigt das Feldgeschrei der Sozialdemokraten, daß sie spüren, daß unsere Kampagne greift.

Sichtbarstes Zeichen der großen Unsicherheit innerhalb der NRW-SPD ist die Tatsache, daß sie in der letzten Woche ihren Wahlkampf noch einmal umschmeißen. So werden sie entgegen allen ursprünglichen Planungen in den privaten Fernsehsendern SAT 1 und RTL noch Fernsehspots schalten, gleichzeitig haben die

Sozialdemokraten die letzten ihnen zustehenden Wahlkampfspots im WDR, die sie eigentlich dem Kinderschutzbund zur Verfügung gestellt hatten, zurückgefordert. Dies alles zeigt, die SPD ist unsicher.

Wir haben eine echte Chance, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen und mit Helmut Linssen den politischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Voraussetzung ist, daß wir in den letzten Wochen und Tagen unser Wahlkampfkonzept konsequent durchziehen. Dazu gehört neben der offensiven Diskussion mit den Menschen auch die breite Mobilisierung unserer Partei und unserer Anhängerschaft. Dies wird der entscheidende Punkt am 14. Mai sein: Wer kann seine Anhängerschaft am besten mobilisieren. Letzte Zahlen zeigen uns, daß die Mobilisierung bei unserer Anhängerschaft viel höher ist als bei der SPD. Dies gilt es in den letzten Tagen noch auszubauen. Deshalb werden alle unsere 210 000 Mitglieder angerufen. Deshalb sind alle Mitglieder aufgerufen, Postkarten an Freunde, Bekannte und Verwandte, die der CDU nahestehen, zu verschicken. Deshalb sind wir alle aufgerufen, in den letzten Tagen und Wochen das Gespräch mit unseren Sympathisanten zu suchen. Dazu haben alle Landtagskandidaten eine detaillierte Hochburgenanalyse für ihre Wahlkreise erhalten, die wir gemeinsam mit einem Bonner Meinungsforschungsinstitut entwickelt haben. Diese sollte intensiv genutzt werden, um keine Kräfte sinnlos zu verschenken. Wenn wir alle bis zum 14. Mai mit Entschiedenheit und großem Einsatz weiterkämpfen, haben wir die große Chance, am 14. Mai die Wende in Nordrhein-Westfalen herbeizuführen.